

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertagen“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.20 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Postzeitungsgeb., jährl. 36 Pfg. Postzeitungsgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Inh. H. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Saub., Garten- und Landwirtsch.“

Anzeigenpreise: 1spaltige Tages-Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Familien-Anzeigen 15 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Adressen-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Bestellungs-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. No. Stuttgart 5113

Nr. 256

Gegründet 1827

Dienstag, den 1. November 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

## Tagespiegel

Die neuen Reichsminister Dr. Bracht und Dr. Popph wurden am Montag vom Reichspräsidenten vereidigt.

Der Reichsminister des Innern hat den Reichsrat auf 10. November einberufen. Zunächst sind die laufenden gewöhnlichen Arbeiten zu erledigen. Die Ausschüsse haben u. a. zu den Rundfunkfragen Stellung zu nehmen.

Reichskommissar Dr. Bracht hat die preussischen Oberpräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten zu einer Besprechung der sich aus der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Preußen und der Verwaltungsreform ergebenden Fragen im preussischen Innenministerium auf Freitag, 4. November, eingeladen.

Auf Grund der Abbaubestimmungen in Oesterreich sind auf 1. November in den verschiedenen Ministerien mehrere Sekretariatsstellen und zahlreiche Ministerialräte in den Ruhestand versetzt worden.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Sonntag zum Besuch in Madrid abgereist, hielt aber unterwegs eine Rede zu Poitiers, in der erklärte, Frankreich wolle sich dem fremden Handel nicht verschließen, er verlange aber Gleichheit der gegenseitigen Einfuhr. Die Abrüstungsfrage sei an einem kritischen Punkt angelangt: friedliche Arbeit oder neues Weltkriege.

Der französische konstruktive Abrüstungsplan wurde in Washington freundlich aufgenommen.

Der Sachverständigenauschuss zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist Montag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Zum Vorsitzenden wurde der Präsident der holländischen Bank, Trip, gewählt.

Das englische Kabinet hat am Montag über die Abrüstung beraten.

Der griechische Staatspräsident hat den Oppositionsführer Talaris (Rechts) mit der Kabinettsbildung beauftragt. Wenckelos tritt zurück.

## Belgischer Angriffsplan gegen Deutschland

Brüssel, 30. Okt. Der Brüsseler „Soir“ veröffentlicht einen Bericht über eine Unterredung des neuen Ministerpräsidenten Graf de Broqueville mit einem französischen Zeitungsvorsteher über die belgische „Landesverteidigung“. Auf eine Frage antwortete Broqueville:

„Seit Bestehen des belgisch-französischen Militärbündnisses von 1920 sind die Besprechungen zwischen dem Brüsseler und dem Pariser Generalstab niemals abgerissen. Jede der beteiligten Parteien ist von jeder Maßnahme der andern vorläufig unterrichtet worden. Bei Beginn der Kampfhandlungen muß man den Krieg sofort in Feindesland tragen. Die Stärke des belgischen Heers von morgen wird sich nicht mit derjenigen des belgischen Heers von 1914 vergleichen lassen. Zwischen dem Rhein und der belgischen Grenze gibt es jetzt einen deutschen Streifen, der weder Befestigungen, noch militärische Standorte aufweist. Die belgische Mobilisierung wird der Zusammenziehung deutscher Verbände um Tage voraus sein. Weiter soll man nicht vergessen, daß 250 000 Mann junge belgische Soldaten vom ersten Augenblick an von einer schweren Artillerie unterstützt sind, die man 1914 nicht besaß und die der deutschen Heeresleitung durch die Verträge abgeprochen ist. Das deutsche Heer wird erst mit harter Verwundung schwere Artillerie heranziehen können. Am Rhein selbst wird man dem Feind entgegenzutreten. Ich habe immer diesen Standpunkt eingenommen und werde nicht davon abgehen. Niemals ist davon die Rede gewesen, den Feind hinter Betonmauern an der Grenze zu erwarten.“

Das neue belgische Kabinet bezieht sich, zu erklären, Graf de Broqueville habe „als Ministerpräsident“ niemand eine Unterredung gewährt und auch keine derartigen Neußerungen gemacht. Amlich wird also nicht bestritten, daß Broqueville vor seiner kürzlich erfolgten Ernennung zum Reichsminister diese Erklärungen abgegeben hat. Von sämtlicher Seite werden bestimmtere Erklärungen gefordert. Der Brüsseler „Soir“ unterhält enge Verbindungen mit dem Pariser „Temps“ und durch ihn mit der französischen Regierung. Nun soll der belgische Vertreter im Büro der Abrüstungskonferenz in Genf einen belgischen „Abrüstungsvorschlag“ überreichen. Die französische Regierung hat es daher zweifellos in diesem Augenblick für richtig gehalten, durch die Veröffentlichung der Unterredung die belgische Regierung auf jene Erklärung ihres Erfministers, die kurz vor seinem Amtsantritt gemacht wurde, festzunageln.

Die Veröffentlichung ist Belgien begreiflicherweise höchst unangenehm, ist sie doch die beste Stütze für die deutsche Forderung der Gleichberechtigung.

## Die Ernennungen

Berlin, 31. Okt. Amlich wird bekanntgegeben: Der Reichsanstalt hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen zu seinen Stellvertretern in den verschiedenen Geschäftsbereichen ernannt:

1. für das Finanzministerium den Staatssekretär J. D. Professor Dr. Popph;

2. für das Ministerium für Landwirtschaft den Reichsminister Freiherrn von Braun;

3. für das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Universitätsprofessor Dr. Köhler.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein.

Der Herr Reichspräsident hat dem stellw. Reichskommissar für das Land Preußen, Staatssekretär J. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichskommissars für das preussische Finanzministerium, Staatssekretär J. D. Professor Dr. Popph, für die Dauer ihrer Betrauung mit diesem Auftrag zu Reichsministern ohne Beschäftigungsberreich ernannt.

Zum kommissarischen Leiter des preussischen Justizministeriums wird der bisherige Leiter dieses Ministeriums Staatssekretär H. J. Scheer, ernannt.

## Widerpruch Brauns

Berlin, 31. Oktober. Gegenüber der zweiten preussischen Sparverordnung vom 29. Oktober 1932 erklärt das alte preussische Staatsministerium, es habe eine Verringerung der Zahl der preussischen Ministerien bereits für August d. Js. in Aussicht genommen gehabt. Durch die Aufhebung des Wohlfahrtsministeriums seitens der Reichsregierung und des Reichskommissars werde in ein Höchstmaß der preussischen Staatsregierung eingegriffen. Die Dietramszeller Ermächtigungsverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 gebe nicht dem Reichskommissar, sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen. Landesregierung sei aber nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur die preussische Staatsregierung.

Das Zentrumsblatt „Germania“ sagt, die neue Entwicklung bedeute eine lebhafte Entspannung der politischen Lage, während der sozialdemokratische „Vorwärts“ von einem „neuen Verfassungstret“ spricht, der eine neue Lage beim Staatsgerichtshof zur Folge haben könne.

## Besprechungen zwischen Preußenregierung und Reich

Berlin, 31. Okt. Wie WdZ. meldet, wird das preussische Kabinet unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun morgen wieder zu einer Sitzung zusammenkommen, um über die weiteren Möglichkeiten einer Verständigung mit dem Reich zu beraten. Heute fand eine Besprechung zwischen dem Beauftragten der preussischen

Staatsregierung Ministerialdirektor Dr. Bracht einerseits und dem Reichsinnenminister Frhr. v. Gagl, sowie dem stellw. Reichskommissar Dr. Bracht andererseits statt, in der technische Einzelheiten aus dem Leipziger Urteil erörtert wurden, wie z. B. Vertretung Preußens im Reichsrat, die Ueberlassung geeigneter Arbeitsräume für die preussischen Staatsminister und die Zurverfügungstellung von Beamten. Eine endgültige Klärung über die Schlussfolgerungen des Leipziger Urteils dürfte übrigens vor nächster Woche kaum zu erwarten sein.

## Bayern und das Reich

München, 31. Okt. Zu dem abweisenden telegraphischen Bescheid des Reichspräsidenten auf den Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums über die Reform in Preußen wird in Kreisen der bayerischen Regierung erklärt, sie habe keinen Anlaß, ihre Stellungnahme zu ändern. In der Aufhebung des preussischen Wohlfahrtsministeriums sehe Bayern einen unrechtmäßigen Eingriff in die Hoheitsrechte eines Landes. Ferner bedeute die Ernennung der Herren Popph und Bracht, die Inangriffnahme der Reichsreform auf ungesetzlichem Weg und unter Verletzung des Verprechens, daß die Reichsreform nur im Benehmen mit den Ländern durchgeführt werden solle. Es wird bemerkt, daß eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich nur durch Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder, die feinerzeit durch die Erzbergerische Finanzreform aufgehoben wurde, vermieden werden könne.

## Die Grenze des Artikels 48

Würzburg, 31. Okt. In einer Wahlversammlung in Würzburg erklärte Ministerpräsident Dr. Heide die Aufhebung der Länderrechte schaffe dieselbe verwerfliche innenpolitische Spannung, wie eine Verpreufung des Reichs. Der Reichskommissar habe mit der Befragung von preussischen Ministerien die Grenze seiner Befugnisse nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs bereits überschritten. Als erste und vordringliche Notwendigkeit einer Verfassungsreform sei festzustellen, welche Grenze der Artikel 48 in seiner Anwendung habe.

## Bracht nicht mehr Oberbürgermeister

Essen, 31. Oktober. Mit der Ernennung des Oberbürgermeisters Dr. Bracht zum Reichsminister scheidet er auf Grund des Paragraphen 16 des Reichsministergesetzes vom 27. März 1930 aus dem städtischen Amt aus. Er tritt als Oberbürgermeister in den Ruhestand mit einem Ruhegehalt, das vom Reich übernommen wird. Diese Regelung bezieht sich nur auf Reichsminister und auf solche, die nach dem 27. März 1930 ernannt wurden. Dr. Luther, der Vorgänger Brachts, war 1922 bis 1924 Reichsminister und zugleich Oberbürgermeister von Essen.

## Gröner über das Miliz-System

Berlin, 31. Okt. In einer Unterredung mit dem Berliner Hauptberichterstatler der amerikanischen Associated Press gab Reichswehrminister a. D. Dr. Gröner der Ansicht Ausdruck, daß Herriots Milizvorschlaga eine ganz neue Lage in der Abrüstungsfrage geschaffen habe — eine Lage, deren sich Deutschland und die anderen Nationen bemächtigen sollten, um aus der Sackgasse, in der sich die Abrüstungsdiskussion befindet, herauszukommen. Die bisherigen Genfer Beratungen haben keine brauchbare Grundlage für eine Verständigung gebracht. Etwas neues oder grundlegend anderes müßte gefunden werden. Vielleicht habe Herriot, indem er auf die Ideen, die Immanuel Kant bereits 1795 in seinem Wort über den Ewigen Frieden entwickelte, zurückgriff, dieses grundsätzlich Neue für die Genfer Beratungen geschaffen. Er (Gröner) sei ein Anhänger der Miliz. Er halte z. B. die Schweizer Miliz für ein brauchbares Instrument der Verteidigung. Herriots Vorschlag könne jedoch nur als praktisch erachtet werden, wenn 1. keine Ausnahme für irgendwelchen Staat gemacht werde, 2. die Wehrpflicht eine allgemeine sei in jedem Land. Allerdings sei der Landkrieg heute längst nicht so entscheidend, wie er selbst zu Beginn des Weltkriegs war. Der Luftkrieg werde der entscheidende Krieg der Zukunft sein, und da sei noch nicht zu sehen, auf welcher Grundlage man sich verständigen könne.

Das Milizsystem den geographischen Verhältnissen der verschiedenen Länder anzupassen, sei nicht leicht. Das Milizsystem passe am besten für ein Land wie die Schweiz, dessen Gebirge einen natürlichen Wall bilden. Die Miliz eigne sich nicht zum Angriff. Frankreich könnte das Milizsystem leicht einführen, denn es habe nicht nur den natürlichen Schutz von Weeren und Gebirge, sondern es habe auch die Lücke, welche die Natur zwischen Straßburg und Luxemburg gelassen hat, durch einen Gürtel von Festungen geschlossen. Es ist selbst-

verständlich, daß es Deutschland, das keinen solchen günstigen natürlichen Grenzschutz besitzt, erlaubt sein müßte, Defensivfestungen da zu errichten, wo dies notwendig sind. Das Milizsystem könnte nur stufenweise eingeführt werden. Was die von Herriot verlangte internationale Militärüberwachung betreffe, so habe Deutschland mit der internationalen Ueberwachungskommission keine guten Erfahrungen gemacht, da diese zu einer Schnüffelmission wurde, die sich auf die übelsten Elemente, nämlich Landesverräter, für ihre Kundtschaften stütze. Wenn jedoch die internationale Kommission so zusammengesetzt sei, daß die Vertreter der verschiedenen Länder offen ihre Ansichten darlegen, so könnte man sich vorstellen, daß Gutes aus einer solchen Einrichtung entstehen könnte.

## Neue Nachrichten

### Ber soll die Zusatzstimmen bekommen

Berlin, 31. Okt. In der öffentlichen Rede des Reichsinnenministers Freiherr v. Gagl auf dem Festbankett des Vereins Berliner Arbeitervereine, die besondere Rolle die Frage der Zusatzstimmen für die Reichsminister als einen Bestandteil der kommenden Reichsreform angedeutet hat. Von zuständigen Stellen hingewiesen, daß bei den Zusatzstimmen eine neue Weise etwa an eine Arbeitslosen gedacht ist, die die Familienoberhäuptern zustehe, die Unterstüzungsempfänger für Arbeiterfamilien sind. Die Zusatzstimme für Arbeiterfamilien soll nicht die Absicht, kleine Familien zu unterstützen, sondern die Familienväter, die in der Unterstüzung für die Zusatzstimmen bekommen.

Reichswehrangehörige von Kommunisten angegriffen

Begegnung, 31. Okt. Angehörige der hier seit einigen Tagen zu Besuch weilenden Schnellboothalbflotille der Deutschen Reichsmarine wurden in der Nacht zum Sonntag von einer größeren Anzahl Kommunisten ohne irgendwelchen Anlaß tödlich angegriffen und nicht unerheblich verletzt. Der Polizeiführer, festzunehmen.

Die Finanzierungsverhandlungen der Reichspost

Berlin, 31. Okt. Der schleppende Verlauf der Anleiheverhandlungen der Reichspost zur Finanzierung ihrer Beteiligung am Arbeitsbeschaffungsprogramm beweist, daß die Geldgeber im Augenblick, d. h. kurz vor wichtigen Wahlen, sich zu Geldhergaben kaum entschließen können. Die Verhandlungen werden laut W.F.B. weitergeführt mit dem Ziel einer Anleihe von 60 Millionen im Höchstbetrage. In dieser Erwartung hat die Post für mehr als 30 Millionen RM. Aufträge an Industrie und Handel in die Wege geleitet und herausgegeben.

Die Finanzlage Preußens

Berlin, 31. Oktober. In einer nationalsozialistischen Tageszeitung wird von einem Schreiben des Reichskommissars Dr. Bracht an die Reichsregierung berichtet, in dem auf die erschütterte Finanzlage Preußens hingewiesen wird. Amtlich wird dazu erklärt, daß von besonderen Finanzschwierigkeiten Preußens, vor allem im Hinblick auf den Uffmio nicht die Rede sein kann. Das erwähnte Schreiben bezieht sich auf die gespannten Gemeindefinanzen, auf die Dr. Bracht hingewiesen hat. Die Verhandlungen zwischen Reich und Preußen über diese Frage sind noch im Gang.

Deutschland und das Rüstungsferiengeld

Berlin, 31. Oktober. Am 1. November läuft das Abkommen über einen einjährigen Rüstungsstillstand, das von der Völkerbundversammlung im vergangenen Jahr auf Anregung des damaligen italienischen Außenministers Grandi abgeschlossen wurde, ab. Die Reichsregierung hat die kürzlich erhaltene Umfrage des Generalsekretärs des Völkerbundes, ob die beteiligten Regierungen mit einer Verlängerung dieses Abkommens um weitere 4 Monate einverstanden seien, nicht beantwortet und wird sie auch nicht beantworten, bis die Frage der deutschen Gleichberechtigung geklärt ist. Maßgebend für die Haltung Deutschlands ist nach amtlicher Mitteilung die Tatsache, daß nach dem dieses im vergangenen Jahr von der Völkerbundversammlung geschlossene Abkommen in den Zuständigkeitsbereich der Abrüstungskonferenz übergegangen ist. Deutschland mit einer Antwort zu Maßnahmen der Abrüstungskonferenz Stellung nehmen würde. Das will aber Deutschland nicht, solange die Frage der Gleichberechtigung nicht geklärt ist.

Die Unterfuchung gegen Weismann

Berlin, 31. Okt. Die auf Anweisung der kommissarischen Regierung durchgeführte Unterfuchung eines Senatspräsidenten des Kammergerichts gegen den vormaligen Staatssekretär beim preussischen Staatsministerium, Dr. Weismann, hat ergeben, daß die Tatsachen, auf die sich die Beschuldigungen gründen, verjährt sind. Ein Dienststrafverfahren wird deshalb nicht eingeleitet.

Für Erhaltung der Lehrerbildung

Berlin, 31. Oktober. In einer Eingabe an den Reichskommissar Dr. Bracht setzt sich der Evangelische Reichslehrenbund für die Wiederaufnahme von Kandidaten für die pädagogischen Akademien zu Ostern 1933 ein. Die Ausbildung des Lehrernachwuchses müsse fortgesetzt werden, selbst wenn die Unterbringung in Schulstellen außerordentlich erschwert ist und aus einer längeren Beschäftigungslosigkeit dem Erziehungsberechtigten und der Öffentlichkeit finanzielle Verluste erwachsen. Der Evangelische Reichslehrenbund bittet weiter den Reichskommissar, darauf hinzuwirken, daß die Lehrerbildung in der gegenwärtigen Form erhalten bleibe.

Hugenberg stellt Strafantrag

Berlin, 31. Oktober. Dr. Hugenberg hat gegen die pazifistische Zeitschrift „Deutsche Zukunft“ und gegen den Verfasser eines Artikels in dieser Zeitschrift H. Gebhardt, Hoppstädten (Nabe) Strafantrag wegen Verleumdung, Beleidigung und übler Nachrede gestellt. In dem Artikel war Hugenberg als „Blutfauger“ und „Halunke“ bezeichnet und die Behauptung aufgestellt worden, Dr. Hugenberg habe Millionen von englischen Rüstungsfirmen erhalten. Auch eine Anzahl nationalsozialistischer Zeitungen, die aus der Zeitschrift Angriffe gegen Dr. Hugenberg genommen haben, sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Wahlen in Hulschijn

Prag, 31. Okt. Bei den Gemeindevahlen in dem oberösterreichischen, jetzt tschechoslowakischen Städtchen Hulschijn erhielten die fünf deutschen Parteien mit Stimmenverbindung 1524 Stimmen und 20 Mandate, die 9 tschechischen Parteien mit Stimmenverbindung 1178 Stimmen und 16 Mandate, 1928 hatten 9 deutsche Parteien 1384 Stimmen und 17 Mandate, die Tschechen 1089 Stimmen und 13 Mandate erhalten.

Reuter über das Kabinett Papen

London, 31. Oktober. In einer Berliner Meldung des Reuterbüros über die kommenden deutschen Wahlen heißt es, es bestünde kein Zweifel, daß die Papen-Schleicherregierung beträchtlichen Anhang unter der Geschäftswelt und dem Mittelstand im allgemeinen habe, weil sie wirklich etwas getan zu haben scheint, seitdem sie die Macht übernommen hat. Viele Deutsche empfinden, daß sie endlich eine starke Regierung haben.

Aus Stadt und Land

Kagold, den 1. November 1932

Je bequemer der Weg eines Mannes ist, desto weniger leistet er. Je schwerere Aufgaben einem Volke gestellt sind, auf eine desto höhere Stufe steigt ein Volk. Paul de Lagarde.

Hutliche Dienstnachrichten

Hebertagen: Kriminalkommissar mit der Amtsbezeichnung Kriminaloberkommissar Münz beim Polizeipräsidium Stuttgart eine Kriminaloberkommissarstelle dabei und Kriminalkommissar Wendt bei der Polizeidirektion Tübingen. Ernennungen: Reichsbahnoberrat Dauner, Mitglied der Reichsbahndirektion, zum Direktor bei der Reichsbahn und Abteilungsleiter bei der Reichsbahndirektion. Versetzt: Reichsbahnsekretär Troer in Schorndorf (Bahnhof) nach Oberhofen. In den Ruhestand versetzt: Reichsbahndirektor Straßer, Leiter der maschinentechnischen Abteilung der B.V.D. Stuttgart.

November

Der Herbstwind ist gekommen und hat das letzte Laub von den Bäumen gefegt. Spielend wurde es über Land getragen, doch in die Luft getrieben und dann in mildem Kreisflug fallen lassen, wo es der Vermöderung und Verweilung entgegengeht. Gleich nassen, frierenden Menschenarmen strecken die lahlen Bäume ihre entlaubten Äste gegen den grauen Novemberhimmel. Düstere Nebel wogen und maschen Baum, Strauch und Stein einfarbig, verlassen und trostlos. Kaum ein Sonnenstrahl verriert sich zur Erde. Tiefe Stille und geheime Trauer überlagert Flut und Natur. Wie tot liegt der von Leben und Grün, von Freude und Gesang entblößte See. Sein Wasser zeigt und schmutzig, nur vom Herbststurm wellig gekräuselt. Des Nieses ist verlungen, das hier sich oh schnelstochende von zu uns herüberstreckte. Nur noch ein Feld und Flur, Bergchen und Stehben. Intehr. Die Zeit der langen Abende kommen. Es sind die Stunden, die den Kreislauf nicht auch nur hoch

terfütterung des Viehes mit Häffel und Heu wechselt mit Grünfutter, so lange man dieses noch vom Felde holen kann; Kartoffeln, Dicksrüben, weiße Rüben sind ein Hauptbestandteil der Winterfütterung, am wertvollsten und nächstbesten durch gutes Abwischen. Aus der Scheune hört man den Last der Dreschlegel; diese Arbeit unternimmt man bei schlechtem Novemberwetter, wenn man im Feld nichts arbeiten kann. Die im August in Töpfe gelesenen Blumensiedeln stellt man jetzt aus Himmelsentfernung, daß sie bis Weihnachten Blumen bringen. Im Wald wird Holz gefällig. Am Bienenstand kontrolliere man stets, ob alle Vessnungen und Rige wohl verwahrt sind.

Beauffichtigung von Zwedsparkassen

Wiederholt hat sich die Handwerkskammer Reutlingen bei der Regierung dafür eingesetzt, daß die Zwedsparkassen einer Beaufichtigung durch das Reich unterstellt werden, zumal in leizter Zeit eine Reihe Neugründungen zu verzeichnen sind. Da mit einer gezielten Regelung wohl noch einige Zeit verstreichen wird, wird den Angehörigen des Handwerks empfohlen, bevor Verträge mit einer Zwedsparkasse abgeschlossen werden, sich mit der Handwerkskammer in Verbindung zu setzen.

Telephongespräche mit Reisenden

Zur Erleichterung des Sprechverkehrs mit Reisenden hat die Reichspost neuerdings XP-Gespräche auch mit Reisenden in Eisenbahnzügen, in Kraftposten, in Flugzeugen oder auf Schiffen zugelassen.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung

Die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung sind nach den vorläufigen Feststellungen von etwa 51,2 Mill. M im Juli auf 52,2 Mill. M im August und auf 55,1 Mill. M im September gestiegen. Die Septembererinnahme liegt damit rund 3 Mill. M über dem bisherigen Jahresschnitt.

Die Beitragseinnahmen der Angestelltenversicherung stiegen von 22,1 Mill. M im Juli auf 22,7 Mill. M im August und auf 23,3 Millionen M im September.

Die Beitragseinnahmen in der Arbeitslosenversicherung betragen im Juli 84,8 Mill. M, im August 86,9 Mill. M, im September 84,9 Mill. M.

Die Ausgabe zur Arbeitslosenhilfe erbrachte im Juli 4,1 Mill. M, im August 3,2 Mill. M, im September 4,4 Mill. M.

Landw. Bezirksverein Kagold e. V.

Am Samstag, den 29. ds. Mt. nachm. von 2 Uhr ab fand im Hotel „Folk“ in Kagold eine Aussschaltung statt, wozu die Obmänner der Ortsvereine beinahe vollständig erschienen waren. Der Vorsitzende Kleiner-Ebhausen begrüßte die erschienenen Mitglieder u. gab einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Wirtschaftsjahr. Er führte dabei aus, daß die Landtröy aller großen Schwere der heutigen Zeit doch in die mit der Ernte in der Hauptfache zufrieden sein müßten. Getreide, Heu, Weid, Kartoffeln und Obst wurde auch der Bezirk Kagold durch die heimgefußt, so in der Hauptfache die en, Sulz, Wildberg usw. Die Schäben einen belangen sich auf rund 7000 T. Trotz all diesem könne aber der Landwirt mit Befriedigung auf den Jahrgang 1932 zurückzuführen, da durch Umwetter so schwer betroffenen zu belagen seien.

Der Vorsitzende dem Vertreter des Landhauptverbands Dipl.-Landwirt Pfeiffer berichete zunächst über die Verhandlungen Verband betreffend die Festlegung des Mitgliedsjahres 1933. Er führte dabei aus, daß es trotz allem nicht möglich sei, den Beitrag für das Wirtschaftsjahr zu ermäßigen und erläuterte die Gründe anz eingehend. Er berichtete sodann über die Tätigkeitsjahr. Hauptverbands im Allgemeinen, aus welchen ungen zu ersehen war, daß der Hauptverband mit allen strebt ist, dem Landwirt sein Los so weit wie nur zu erleichtern, indem der Redner seinen mit großer Aufmerksamkeit auf-

genommenen, sehr lehrreichen und interessanten Vortrag beendet hatte, konnte der Vorsitzende zur Beratung des 2. Punktes der Tagesordnung — Festlegung des Mitgliedsbeitrags zum Landw. Bezirksverein Kagold — weitergehen. Hierüber entwickelte sich eine sehr rege Debatte. Es wurden hierbei alle Wege erwogen, die zu einer Ermäßigung des Mitgliedsbeitrags führen könnten. Als einziger Punkt für die Ermäßigung des Beitrags kam nach längerer Aussprache nur noch die einzige Möglichkeit in Betracht, daß das landw. Wochenblatt nicht wie bisher durch die Post an die einzelnen Mitglieder, sondern in Paketen an die Obmänner zum Versand kommt und sodann durch die Obmänner in den einzelnen Gemeinden an die Mitglieder verteilt wird, wodurch eine Ersparnis von rund 70 % pro Mitglied erzielt werden könnte. Selbstverständlich müßten sich die Obmänner, dann bereit erklären, die Zeitung unentgeltlich den Mitgliedern zuzustellen. Nach längerer Aussprache kam man nun zu dem Ergebnis, daß die Obmänner nun versuchen sollen, die Zustellung der Zeitung im kommenden Jahr in vorgenannter Weise vorzunehmen. Sollte es gelingen, auf diese Weise zu verfahren, wurde beschlossen, den Beitrag für das Jahr 1933 von bisher RM. 3,80 an den Landw. Bezirksverein abzuführen, während der Betrag von 20 % für die Zustellung des Landw. Wochenblatts durch Austräger in den einzelnen Gemeinden verwendet werden könnte. Nach längerer Aussprache über Werbemaßnahmen — deutsche Woche usw. — konnte der Vorsitzende die Sitzung mit Dankworten für den Redner des Tages und die erschienenen Ausschussmitgliedern schließen.

Die Kraftfahrer wehren sich gegen die steuerliche Belastung durch die Kartelle

Die Kraftfahrer des Bezirks Kagold und seiner Umgebung, versammelten sich am gestrigen Sonntag auf Einladung des Kraftfahrklubs Kagold (KADK), im Waldhorn in Ebhausen, sehr zahlreich zu einer Protestkundgebung. Diese war insbesondere aus dem hinteren Bezirk sehr gut besucht. Auch die Calwer Ortsgruppe war durch eine Abordnung vertreten. Nach Begrüßungsworten des 2. Vorsitzenden der Ortsgruppe, Fabrikant Schäble-Altensteig, zeichnete der 1. Vorsitzende Rothwang-Wörnersberg ein erschütterndes Bild von der Belastung, die das deutsche Kraftfahrwesen langsam zum Erliegen bringt. Seit 1930 habe ein konzentrlicher Angriff aller möglichen Wirtschaftsmächte auf die Kraftverkehrsmittel eingesetzt; außer dem Fiskus, der das Loch in den Staatsfinanzen mit Benzinsteuern stopfen wollte, waren es hauptsächlich die in dem Spiritusmonopol vereinigten interessierten Kreise, die es für nützlich hielten, die Kraftfahrer mit Regierungshilfe zu zwingen zu übermäßig hohen Preisen ihren Karosellspiritus abzulassen. Dazu gefellten bestimmte Kreise der Industrie, die sich Subventionen aus den Taschen der Kraftfahrer holten. Die Reichsbahn füllte sich den Kraftwagen und ihrer Konkurrenzfähigkeit und in ihrem finanziellen Bestand bedroht, und veranlaßte die Knebelung des Güterverkehrs. Und jetzt haben sich auch die großen Benzinfirmen unter Duldung und Förderung des Reichswirtschaftsministeriums zu einem Kartell zu zusammengeschlossen. So sehe sich der Preis von einem Liter Benzin, das an der Zapfelle 40 % kostet, zusammen aus einem Einstandspreis im Hamburger Freibahnen von 6 %., Zoll 18 %., 3 % für die 10prozentige Spritbeimischung, die Fracht nach Württemberg 3 %., 3 %., und etwa 9 %., für Tankstellenerwaltung und Benzinfirma.

Die Gesamtbelastung des deutschen Kraftverkehrs durch den Fiskus belaufe sich auf 347,5 Millionen. Davon entfielen 160 Millionen auf Subventionierungen, die von den Kraftfahrern als ganz großes Unrecht empfunden wurden. Es sei eine Legende, daß mit dem Spritbeimischungszwang der Landwirtschaft gedolten würde. Der KADK fordere alle Kraftfahrer auf, ihm darüber Auskunft zu erteilen, ob sie bei den in Kraft getretenen Belastungen ihren Fahrbetrieb noch aufrecht erhalten wollen und ob sie sich an einer organisierten Abmeldung der Fahrzeuge beteiligen wollen. Am Schlusse der Kundgebung wurde folgende Entschliegung einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 30. Oktober 1932 in Ebhausen versammelten Kraftfahrer des Bezirks Kagold und seiner Umgebung protestieren gegen die Abwürigung und Erdrosselung des Kraftverkehrs. Wir verlangen steuerliche Erleichterung. Wir verlangen aber allem, daß die dem Kraftverkehr auferlegte Sonderbelastung ausschließlich zu produktiven Zwecken des Wegebbaus verwendet und nicht das Geld der deutschen Kraftfahrer allen möglichen privaten Interessenten zugeschanzt wird. Wir protestieren daher gegen den Spritbeimischungszwang, gegen die Betriebsstoffschlüssel und gegen die Ausbeutung durch das Kartell. Wir sind entschlossen, in diesem Kampf alle geistlichen Mittel, auch die der organisierten zeitweisen Stilllegung unserer Kraftfahrzeuge anzunehmen. Von der Reichsregierung erwarten wir die befreiende Tat!

Bund der Württ. Neuhausbesitzer Ortsgruppe Kagold

Am Sonntag versammelten sich die „Neuhausbesitzer“ des Bezirks Kagold im Gasthaus zum Adler. Oberpostsekretär H. H. Freudenstadt gab als Vertreter des Bundes in einständiger Rede Aufklärung über die Bestrebungen und den seitherigen Erfolg des Bundes. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Besonders dankbar anerkannt wurden die Bestrebungen des Bundes, die in der Herabsetzung des Zinses und der Verlängerung der Steuerfreiheit gipfelten. Daß beide Wünsche wohl berechtigt sind, beweist die Tatsache, daß in den meisten anderen Staaten Deutschlands der Zins zwischen 3 Prozent sich bewegt, während die Württ. Landestreditanstalt 5 Prozent erhebt und des weiteren der Umstand, daß die Zinsfreiheit für Neubauten im übrigen Deutschland 8-10 Jahre, in Württemberg aber nur 5 Jahre beträgt. — Die von den Anwesenden gestellten Anfragen beantwortete der Redner in freundschaftlicher Weise. Die Versammlung wurde mit dem einmütigen Wunsch geschlossen, daß alle Neuhausbesitzer dem Bunde beitreten, der heute 14000 Mitglieder zählt. Daß dieser Erfolg möglich war, ist das Verdienst des „Bundesvorsitzenden“, des Jugendrats Krauß. Unter allgemeinem Beifall wurde aus der Mitte der Versammlung die Anregung ausgesprochen, der Redner möge dem Bundesvorsitzenden den aufrichtigen Dank aller anwesenden Neuhausbesitzer des Bezirks Kagold für seine unermüdete, uneigennützig und erfolgreiche Führung aussprechen.

„Egmont“

Es sei hiermit letztmalig auf die heute abend im Löwenloal stattfindende Aufführung von Goethes „Egmont“ hingewiesen.

Die Deutschnationale Volkspartei

häft am kommenden Mittwoch, den 2. November eine öffentliche Wahlversammlung in Kagold im Saalbau zur „Traube“ ab. Redner ist der Landtagsabg. Hirtel-Stuttgart, ein Mann, der durch seine kommunalpolitische Tätigkeit — er ist der Finanzverwalter Stuttgarts — landau, landab als ein treibbarer Kämpfer für die Selbstverwaltung der Gemeinden bekannt ist. Seit Jahren ist er außerdem der Vorsitzende des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei Württembergs; er hat in dieser Eigenschaft verstanden, die württembergische Bürgerpartei in den sicheren Bahnen der national- und wirtschaftspolitischen Auffassungen zu halten, wie sie heute durch Hugenberg vertreten werden. Seit wenigen Wochen ist Hirtel auch in den württ. Landtag eingezogen. Die ruhige Sachlichkeit und Klarheit, mit der Herr Hirtel sich zu den politischen Fragen der Gegenwart einzustellen pflegt, lassen keine Sensationen, wohl aber erwünschte Aufklärung und eine zuverlässige Führung

durch die verwirren Zeitläufe erwarten. — (Siehe auch heutige Anzeige).

Keine Kontrollmaßnahmen für Radfahrer. Durch die Presse ging in letzter Zeit die Nachricht, daß sich eine „Vereinigung zur Förderung der Radfahrerinteressen“ bei der Reichsregierung für die Einführung eines Nummernschildes, Zwangsversicherung gegen Haftpflicht, eines Ursprungszeugnisses und einer Verwaltungsgebühr eingelegt habe.

Die Altensteiger Brandkatastrophe Drei Kinder gehen ins Grab

Wohl selten einmal hat sich eine Trauergemeinde so ausgedehnter Anteilnahme, aus rein menschlichen Gefühlen zusammengefunden, wie am Montag Mittag bei der Beerdigung der drei so entsetzlich aus dem Leben genommenen Geschwister Heinz, Herbert und Marianne Ottmar.

Schöningen, 28. Okt. Amtseinführung. Durch Landrat Baitinger-Ragold wurde am letzten Donnerstag der neu gewählte Bürgermeister Christian Theurer in Gegenwart des Gemeinderates, sowie der Vertreter von Kirche und Schule und unter Teilnahme der aus der Gemeinde und dem Bezirk erscheinenden Gäste in sein Amt eingeführt.

Wildberg, 30. Okt. Kirchenkonzert. Das heutige Erntedankfest brachte unserer Kirchengemeinde einen erhebenden Genuß. Ein Seminaristenchor des Ragolder Seminars erfreute uns mit einem wohlklingenden Kirchenkonzert.

Esfringen, 31. Okt. Vom Obstbau. — Unfall. Die Obsternte ist heuer sehr gut ausgefallen. Im Gegensatz zu anderen obfruchtbaren Jahren konnten diesmal trotz der erregten großen Mengen bei guter Nachfrage auch hohe Preise für Obst erzielt werden.

Herrenberger Allerlei

Bei der Gemeinderatsitzung, die in dieser Woche stattfand, wurde für den verstorbenen Stadtrat Wilhelm Morlok, Werkstatthalter Heinrich Kohler in sein Amt eingeführt und verpflichtet.

Herrenberger Schweißernverband wurde auf Ansuchen auf dem Kirchhofe ein besonderer Platz zur Verfügung gestellt. — Bei der Stutzahnenprämierung in Saulgau am 22. Oktober war der Bezirk Herrenberg durch 6 Jöhler vertreten.

Pfäffingen O.A. Herrenberg, 31. Okt. Einbruch. In der Nacht auf Samstag wurde in der hiesigen Bahnhofstraße eingebrochen. Entwendet wurde eine größere Menge Zigaretten, sowie die Tageseinnahme.

Hirsau O.A. Calw, 31. Okt. Selbstmord. In Ernstmühl erschoss sich am Samstag nachmittag ein 66 J. a. Mann namens H., der aus Rerfingen gebürtig ist.

Neuenbürg, 31. Okt. Schweres Verkehrsunfall. Auf der Straße zwischen Calmbach und Wildbad fuhr am Samstag abend gegen 8 Uhr das Lastauto des Viehhändlers Klein aus Hirschheim auf dem ebenen auf dem Heimweg begriffene Pferdewagen des Fuhrunternehmers Gustav Sied aus Wildbad so heftig auf, daß das Pferd mit dem Fuhrmann vollständig auf den hinteren Wagen aufgeschleudert wurden.

Neuenbürg, 29. Okt. Vor dem hiesigen Schöffengericht fanden die Einbruch- und Diebstahlfälle des vergangenen Sommers ihre Sühne. Bekanntlich führte letzterzeit der Einbruch im Großhändlerhaus zur Entdeckung einer Diebstahlsbande.

Letzte Nachrichten

Neue Wohlfahrtsbriefmarken der Reichspost. Berlin, 1. Nov. Heute werden die fünf Wohlfahrtsbriefmarken der Reichspost ausgegeben, die mit einem Wohlfahrtsaufschlag für die Deutsche Nothilfe verkauft werden.

Tränengasbomben im Einzelstreichgeschäft. Hamburg, 31. Okt. Unbekannte Täter warfen heute nachmittag in die Verkaufsräume des Einzelstreichgeschäftes Epa eine Anzahl Tränengasbomben, durch die die Verkaufsräume völlig unter Gas gesetzt wurden.

Räuberische Ueberfälle auf Kassenboten. Erfurt, 31. Okt. Vor dem Gebäude der D.D. Bank verjachten heute früh unbekannt ankommene Täter einen Ueberfall auf zwei Kassenboten, die 50 000 Mark Lohngehälter bei sich trugen.

ihnen 7000 Mark Unterstützungsgelder. Die Täter entkamen in einem gestohlenen Auto.

Anwetter über Frankreich

Paris, 31. Okt. Seit zwei Tagen wird fast ganz Frankreich durch Sturm und Anwetter heimgesucht. Die Küstenschiffahrt ist stark beeinträchtigt. Mehrere Dampfer mußten in den Häfen Schutz suchen.

Verschiedenes

Das Wasser war zu kalt.

Nachts um die 11. Stunde klopfte es an die Tür des Bootshauses eines Berliner Wasserportvereins. Draußen stand ein junger Mann, frohbitternd und mit nichts bekleidet als mit Strümpfen. Wassertropfen hingen ihm an der Gänsehaut.

Falschmünzer. Drei Einwohner von Sandseid und zwei Einwohner von Bergweiler (Eifel) wurden wegen Herstellung und Vertriebs falscher Ein- und Fünfmarkstücke verhaftet.

Verurteilungen wegen Delinquenzen. Vom Schöffengericht Berlin wurden der Sanitätsrat Heinrich Dietrich wegen Delinquenzen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe, wegen Beihilfe der Bankremissieur Ruben Kohn und der Makler Julius Bick zu je 6 Monaten Gefängnis und je 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Bismarck-Nationaldenkmal. Der Vorstand des Vereins zur Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmals auf der Eisenhöhe bei Bingen am Rhein, gegenüber dem Niederwalddenkmal, hat beschlossen, die vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung eines „Ehrenhofs“ und des „Nahes der Deutschen“ zunächst im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes in Angriff zu nehmen.

Die Erfahrung lehrt Sie. dass Sie ohne „Gesellschafter“ nicht mehr auskommen können, denn Sie müssen mit erleben und mithören, was in Ihrer nächsten Umgebung und auf der gesamten Welt sich ereignet.

Bei Unbehagen und Schmerzen Pyramidon TABLETTEN. Das bewährte Standardpräparat und unschädliche Hausmittel. In allen Apotheken erhältlich zum Preise von RM. 0,89, 1,30, 1,89. Nur echt mit dem Namenszug Pyramidon auf jeder Packung.



Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist in der Nacht zum Montag nach 12 Uhr Greenwicher Zeit in Bernabuco zur Heimfahrt aufgestiegen.

Deutsche Schule in Arrid. Auf Vorschlag des dänischen Unterrichtsministers hat der Finanzausschuss des Folketings der Bewilligung von 10 000 Kronen für den Bau einer deutschsprachigen Schule in der nordschleswigschen, jetzt dänischen Gemeinde Arrid im Amt Lønderup zugestimmt.

Fahrraddiebstahl. In Ludwigshafen wurde eine fünfköpfige Bande verhaftet, die in den letzten Monaten in Mannheim und Ludwigshafen nicht weniger als 90 Fahrräder gestohlen hat.

Todesurteil. Der des Mordes und anderer Verbrechen an einem zehnjährigen Schulmädchen angeklagte Arbeiter Willi Buchheim aus Kinteln wurde vom Schwurgericht Hannover zum Tode verurteilt.

Ehrtung Kleibers. Der österreichische Gesandte Dr. Frank überreichte dem Generalmusikdirektor der Berliner Staatsoper, Erich Kleiber, das ihm vom österreichischen Bundespräsidenten verliehene große silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Oesterreich.

Frau Schliemann †. Frau Sophie Schliemann, die Witwe des bekannten deutschen Altertumsforschers Heinrich Schliemann, ist am 27. Oktober in Athen gestorben.

Raubüberfall in München. Als am Montag in München-Schwabing zwei Angestellte des Wohlfahrtsamts 7000 Mark an das Wohlfahrtsamt abliefern, sprangen zwei Kurben aus einem Auto, das die Angestellten verfolgt hatte, schlugen die Beamten mit Gummiknüppeln nieder, raubten den Geldbetrag und entflohen im Kraftwagen, ohne erkannt zu werden.

Der Reichspräsident beim Semester-Anfang-Gottesdienst. In dem Semester-Anfang-Gottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche in Berlin nahm — wie alljährlich — auch der Reichspräsident von Hindenburg teil.

Goethe-Medaille für Professor Meinecke. Der Reichspräsident hat Universitätsprofessor Meinecke (Berlin) zum 70. Geburtstag seine Glückwünsche ausgesprochen und ihm die Goethe-Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Winterhilfe. Die Städtische Sparkasse in Essen hat anlässlich des Weltpartags für die notleidende Bevölkerung der Stadt 50 000 Mark gespendet.

Mühlenbrand. Am Sonntag abend sind die modernen Mühlenwerke Radersdorf-Kalkberge (östlich Berlin) mit dem Getreideflo bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Spiel und Sport

Handball:

TB. Ebdhausen 1. — TB. Wildberg 1, 3:3 (1:3).

Beide Vereine hatten nicht ihre stärkste Mannschaft zur Stelle. Ebdhausen war gezwungen, einen Verteidiger und 3 Mann von der Stürmerreihe zu erlösen, so daß nur noch wenig Erfolgsaussichten vorhanden waren.

TB. Ebdhausen 2. — TB. Wildberg 2, 12:3.

Wildberg konnte mit nur 7 Mann antreten und verzichtete daher im Voraus auf die Punkte.

Gestorbene: Joh. Frid, Säger, 67 J., Wittensweiler O. Freudenstadt / Anna Maria Veiterle, geb. Köhler, 74 J., Freudenstadt / Barbara Hamann, 65 Jahre, Riedbach / Karoline Keppler, Witwe geb. König 82 J., Schömberg O. Neuenbürg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

Oberschwandorf.

Aus der Konkursmasse der Marie Reger, Witwe in Oberschwandorf bringe ich am nächsten Freitag, den 4. Nov. d. So., von voro. 8 Uhr an im Reger'schen Hause im öffentl. Auktionslokal gegen Barzahlung die vorhandenen Bestände an auf dem Lande gangbaren

Manufaktur- und Kolonialwaren sowie die Ladeneinrichtung

insbesondere 1 Labentisch mit Marmorplatte und eine Lach-Schnellwaage zum Verkauf.

Konkursverwalter: Bezirksnotar O. Hertig.

Den geistigen Mittelpunkt in Deutschland bilden Westermanns Monatshefte. Durch die Einführung des Dauerbezugspreises und die Herabsetzung des Heftpreises ist es jedem geistig realen Deutschen möglich, diese Zeitschrift zu halten.

Mütterberatungsstunde

Mittwoch, d. 2. Nov. von 2 bis 4 Uhr im Jugendamt.

Zum Besten der Basler Mission findet am Mittwoch, 2. Nov., von 9-6 Uhr im Vereinshaus ein Verkauf von Handarbeiten

und anderen Waren statt, wozu herzlich eingeladen wird.

Schirme

nimmt in REPARATUR Herm. Knodel.

Zur Festaufführung der Württ. Volksbühne Textbuch zu Goethe's Egmont

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Nagold. Am Mittwoch, 2. Novbr., abends 8 Uhr, spricht im Löwenaal Reichstagsabgeordneter Riehn, Troßingen über „Währung und Wirtschaft heute und morgen!“

Wahl-Versammlung Am Mittwoch, den 2. Nov., abends 8 Uhr spricht im Traubensaal in Nagold Herr Landtagsabg. Hirzel über das Thema: „Der Sinn der Wahlen am 6. November.“

Hochzeits-Einladung Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 3. November 1932 stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasth. „Löwen“ in Roßfelden freundlichst einzuladen.

Suche ein fleißiges, ehrliches Mädchen welches selbständig Kochen kann und Liebe zu Kindern hat, in ein Geschäftshaus auf 15. Nov. Angebote unter Nr. 1209 an die Geschäftsst. des „Gesellschafter“.

2 Zimmerwohnung mit Zubehör auf 1. Dez. zu vermieten. Calwerstr. 51. Freudenstadt. Pflüschdwan von 28.- an. Chaiselongues von 23.- an. Couche von 60.- an. Kapokmatratzen la. von 40.- an.

Ausnahmeangebot aus meinem großen Warenlager in: Herrenanzüge zweiteilig M 18.- 26.- 30.- 36.- 42.- 50.- bis M 60.-

Billige Bücher herabgesetzt auf die Einheitspreise Mk. -50. Bitte beachten Sie mein Sonderfenster! G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Neukirchener Abreiß-Kalender. Eine zum 2. mal sechs Wochen trüchtige Milchziege verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Schon 1 von diesen 8 hat man's Fühnerauge weggebracht. Fühneraugen = Leberwohlbleib. (8 Pfaster) 68 g in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: Apotheke von Th. Schmid.